presse

„Warnschussarrest“ ist Unsinn

Anlässlich der Pläne der Bundesjustizministerin zur Einführung des sogenannten Warnschussarrestes für junge Straftäter erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht:

Die Bundesjustizministerin will den "Warnschussarrest" einführen. Das lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab, denn es Unsinn neben einer Jugendstrafe Warnschussarrest anzuordnen, erklärt Christine Lambrecht.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt den "Warnschussarrest ab. Es ist Unsinn, neben einer Jugendstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wird, Warnschussarrest anzuordnen. Denn Bewährung setzt immer eine gute Sozialprognose voraus. Die Prognose, dass sich der Täter gerade auch ohne Gefängnis bessert, wird durch den sogenannten Warnschussarrest konterkariert. Zu Recht halten daher auch viele namhafte Experten den "Schnupper-Knast" für eine unsinnige Maßnahme.

Die Bundesjustizministerin streut der Bevölkerung somit Sand in die Augen, wenn sie mehr Sicherheit vor jugendlichen Gewalttätern durch den Warnschussarrest verspricht.

Der richtige Warnschuss für junge Gewalttäter ist und bleibt ein zügiges Gerichtsverfahren mit schnellem Urteil.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION